



Klimaschutz ist eine soziale Notwendigkeit

Angesichts des Volksentscheids "Berlin 2030 Klimaneutral" am 26. März zeigen Parteien, Verbände und Initiativen hinsichtlich Klimaschutz, Mieten und soziale Gerechtigkeit gemeinsame Ziele auf.

Berlin, 21. März 2023 - Von den Folgen der Klimakrise sind in Berlin und weltweit Menschen mit geringem Einkommen am stärksten betroffen. So leiden diejenigen am meisten unter der Klimakrise, die am wenigsten zu ihr beigetragen haben. Ambitionierter Klimaschutz ist daher eine soziale Notwendigkeit. Die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen muss sozial gerecht erfolgen, darin sind sich die Akteure der im Folgenden genannten Parteien, Verbände und Initiativen einig.

Katina Schubert, Landesvorsitzende Berliner LINKE: „Wir unterstützen das Anliegen des Volksentscheids, deutlich mehr Tempo beim Klimaschutz zu machen. Gerade große Städte wie Berlin stehen in der besonderen Verantwortung voranzugehen und konkrete Maßnahmen entschlossen umzusetzen. Für uns ist dabei von zentraler Wichtigkeit, dass dies nicht zu sozialen Verwerfungen oder zu steigenden Mieten durch energetische Sanierungen führt. Klimaschutz ist auch immer eine soziale Frage. Es darf nicht sein, dass reiche Menschen sich freikaufen können, während ärmere Menschen noch mehr unter der Klimakrise leiden als ohnehin schon. Der Mieterschutz und die Anliegen sozial Benachteiligter müssen gewahrt werden.“

Philmon Ghirmai, Landesvorsitzender Bündnis 90/DIE GRÜNEN Berlin: „Wir unterstützen den Volksentscheid „Berlin 2030 klimaneutral“ und werben für ein „Ja!“ bei der an diesem Sonntag anstehenden Abstimmung. Wir sind der Überzeugung, dass engagierter Klimaschutz eine Grundfeste der Sozialpolitik ist. Es sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen, die am meisten unter der Klimakrise leiden. Energetische Sanierungen, die engagierte Wärmewende oder die Entsiegelung von Flächen sind sowohl aus klimapolitischen, ökologischen als auch aus sozialpolitischen Erwägungen sinnvoll und dringend geboten. Wer nachhaltig sozial entlasten möchte, muss in den kommenden Jahren die Mobilitäts-, Energie- und Wärmewende weiter entschieden voranbringen.“

Die sich anbahnende Koalition braucht am kommenden Sonntag ein starkes Votum der Stadtgesellschaft für mehr und ernst gemeinten Klimaschutz. Jede Stimme zählt.“

Sebastian Bartels, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins: „Der anstehende Volksentscheid lenkt den Blick auf eine große Schwachstelle des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes: Dessen Ziele sind unverbindlich! Ein so wichtiges Regelwerk, das allein Absichtserklärungen enthält und nicht einklagbar ist, wirkt aus der Zeit gefallen. Selbst wenn das ambitionierte Ziel von „Berlin 2030 Klimaneutral“ sich letztlich als nicht umsetzbar erweisen sollte, hätte die Initiative einen erheblichen Handlungsdruck für die Politik erzeugt. Und der ist gerade im Gebäudebereich wichtig: Ob Wärmedämmung oder Mieterstrom - in fast allen Bereichen muss Berlin gewaltig aufholen. Die Sanierung hunderttausender Berliner Wohngebäude mit den schlechtesten Energieeffizienzklassen senkt auch die enormen Energiekosten. Das kommt vor allem



den Mietenden zugute. Bei der Modernisierung darf der soziale Mieterschutz nicht vergessen werden. Die Inanspruchnahme von Fördermitteln muss verpflichtend werden. Wer als Vermieter:in solche Mittel nicht abrufen kann, darf seine Mieter:innen nicht mit Modernisierungskosten von dauerhaft 8% auf die Jahreskaltmiete belasten. Daher rufen wir alle auf, sich an der Abstimmung am 26. März zu beteiligen!"

Malin Rackles, stellvertretende Landesvorsitzende, Jusos Berlin: "Die Bekämpfung der Klimakrise ist nicht nur eine politische Herausforderung der Gegenwart, bei der soziale Fragen mitgedacht werden müssen, sondern sie ist in sich eine soziale, antikapitalistische Aufgabe, die die Mobilisierung der gesamten Gesellschaft und Politik erfordert. Die Verteilung der begrenzten natürlichen Ressourcen, aber auch die schon jetzt stark spürbaren Auswirkungen der Krise, sind absolut nicht gerecht in unserer Gesellschaft verteilt. Junge Menschen sind gerade in Berlin schon jetzt überproportional von Armut, Energiekrise und Wohnungsnot betroffen – und dazu kommt ihre spezifische Verletzlichkeit in der Klimakrise. Wir solidarisieren uns deswegen klar mit dem Volksentscheid „Berlin 2030 Klimaneutral“ und setzen uns ein für ein klimagerechtes, nachhaltiges und soziales Berlin."

Dr. Arvid Krüger, stellv. AWO-Landesvorsitzender: "Als AWO vertreten wir die Auffassung, dass ein schnelleres Erreichen der Klimaziele die Chance bietet, mit einem entsprechenden Mittelaufwuchs die vielen sozialen Einrichtungen - von Kita bis Seniorentreff, von Beratungsstelle bis Schule - zu Vorreitern der energetischen Sanierung zu machen. So können Orte der sozialen Arbeit zu den besten und fortschrittlichsten Gebäuden und Gebäudekomplexen einer klimaneutralen Stadt Berlin werden. Für uns folgt der Volksentscheid, dass man bei dessen Annahme sehr viel Geld in die soziale Infrastruktur der freien und staatlichen Träger stecken muss. Denn dort den Schwerpunkt der Klimaneutralisierung des Gebäudesektors zu verorten, ist ein großes Potenzial - auch hinsichtlich der Geschwindigkeit der Umsetzung."

Marina Mironica, "Deutsche Wohnen und Co enteignen": "Klimaschutz und soziale Wohnraumversorgung müssen zusammengedacht anstatt wie bisher gegeneinander ausgespielt zu werden. Die nächste Regierung ist jetzt in der Pflicht sicherzustellen, dass die Kostenlast nicht auf den Schultern der Mieter:innen und Berliner Steuerzahler:innen liegt, sondern von den großen Konzernen als Profiteure des Wohnungsmarkts getragen wird. Für sozialgerechten Klimaschutz im Wohnungssektor muss der Volksentscheid 'Deutsche Wohnen & Co enteignen' endlich umgesetzt werden, denn nach der Vergesellschaftung können wir energetische Sanierungen im Sinne der Mieter:innen durchführen statt als mietpreistreibende Maßnahme. Wir unterstützen das Ansinnen des Volksentscheids, Berlin schneller klimaneutral zu machen. Wir rufen deshalb alle Berliner*innen auf, sich am 26. März an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimme für mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit zu nutzen!"

Niklas Schäfer, Klimaneustart Berlin: "Der sozial-ökologische Umbau der Stadt braucht eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir wollen über die Klimabewegung hinaus Brücken schlagen und im Anschluss an den hoffentlich erfolgreichen Volksentscheid die verschiedenen Stakeholder zusammenbringen, um die nötigen Maßnahmen für Klimaneutralität ab 2030 sozial gerecht zu gestalten. Bezahlbare Mieten



sind hierbei ein zentraler Punkt. Es wird Zeit, dass der Bund eine Öffnungsklausel im Mietrecht für Länder und Kommunen einführt, damit der Berliner Senat Mieten effektiv deckeln kann.“

Pressekontakt

Michaela Zimmermann - 0176 578 40218

Stefan Zimmer - 0174 71 41 858

presse@klimaneustart.berlin